

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 18/5159

Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie
Postfach 71 28 | 24171 Kiel

Minister

An den
Vorsitzenden des Wirtschaftsausschusses
des Landes Schleswig-Holstein
Herr Abgeordneter Christopher Vogt
Landeshaus Kiel

17. November 2015

Sehr geehrter Herr Vogt,

hiermit komme ich der Bitte des Wirtschaftsausschusses vom 11. November 2015 zu TOP 3 „Positionierung und weiteres Vorgehen der Landesregierung bezüglich der Pläne Niedersachsens zum Bahnausbau (Y-Trasse/Alpha-Trasse)“ nach und übersende mein Schreiben an Herrn Bundesminister Dobrindt zur Kenntnis.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Reinhard Meyer

Anlage: Schreiben an Herrn Bundesminister Dobrindt vom 10. November 2015

Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie
Postfach 71 28 | 24171 Kiel

Minister

Bundesminister für Verkehr und digitale
Infrastruktur
Herrn Bundesminister
Alexander Dobrindt, MdB
11030 Berlin

10. November 2015

Sehr geehrter Herr Bundesminister, *lieber Herr Dobrindt,*

das Dialogforum „Schiene Nord“ hat sich am 05. November 2015 dafür ausgesprochen, den wachsenden Güterverkehr der Seehäfen Hamburg, Bremen und Wilhelmshaven durch den Ausbau bestehender Schienenwege statt durch den kompletten zweigleisigen Neubau der so genannten „Y-Trasse“ zwischen Hamburg und Hannover zu bewältigen. Schleswig-Holstein wäre betroffen, wenn der als „Kann-Regelung“ definierte Beschluss zur Einrichtung von Überholungsbahnhöfen auf der Strecke Hamburg – Wittenberge umgesetzt würde.

Nach den uns vorliegenden Informationen könnte das Land Schleswig-Holstein dann mit bis zu 104 Güterzügen pro Tag auf der Bahnstrecke von Hamburg nach Büchen zusätzlich belastet werden. Auch wenn diese Schieneninfrastruktur schon heute dem Güterverkehr zur Verfügung steht, halte ich die Lösung, über 100 Güterzüge mit einer Geschwindigkeit von maximal 100 km/h auf die stark ausgelasteten Hochgeschwindigkeitsverbindung (230 km/h) zwischen den Metropolen Hamburg und Berlin umzuleiten, für wenig praktikabel. Eine leistungsfähige Lösung für einen betriebsstabilen Güter- und Personenverkehr ist dies sicher nicht. Auch begründen die zusätzlichen Güterzüge keinen Anspruch auf zusätzlichen Lärmschutz, der dann aber in den betroffenen Wohnorten erforderlich wäre.

Schleswig-Holstein war in den Entscheidungsprozess des Dialogforums „Schiene Nord“ nicht eingebunden, so dass unsere Interessen bislang nicht berücksichtigt wurden. Ich gehe davon aus, dass diesen Umständen bei der endgültigen Entscheidungsfindung in Ihrem Haus Rechnung getragen wird und eine nachhaltig funktionierende Lösung zur Anbindung der Seehäfen gefunden wird.

Mit freundlichen Grüßen



Reinhard Meyer